

8 Stunden Fahrt, 80 Dollar fürs Benzin, 700 für die Pillen

Abtreibungswillige Frauen aus konservativen
Nachbarstaaten strömen ins liberale New Mexico. Beim
Arzt Frank Theard erhalten sie Hilfe.

Nachdem Justine die Entscheidung getroffen hatte, ihre Schwangerschaft zu beenden, setzte sie sich ins Auto einer Freundin. Mehr als sieben Stunden lang fuhren die beiden Frauen durch Texas, die Landschaft karg, viel Zeit zum Reden, viel Zeit zum Denken, bis nach El Paso, der westlichsten Stadt des Bundesstaats. Von hier aus war es nicht mehr weit. Kurz durchschnaufen. Wollte sie es wirklich tun? Sie wollte.

Also noch einmal dreissig Minuten weiter nach Westen, auf der Country Club Road hinaus zur Stadtgrenze, vorbei an all den Tierarztpraxen, von denen es in Texas so viel mehr gibt als Abtreibungskliniken, vorbei an einer Siedlung namens Amen Corner, und dann, endlich, über den Rio Grande. In die Freiheit.

Hier sind Abtreibungen noch erlaubt

Der Rio Grande bildet die Grenze zwischen den Bundesstaaten Texas und New Mexico und damit zwischen dem konservativen, roten und dem linken, blauen Amerika. Auf der einen Seite, in Texas, regieren die Republikaner. Abtreibungen sind dort de facto verboten. Es gibt die Todesstrafe, selbst für den Besitz einer Marihuanapfeife drohen bis zu 500 Dollar Bussgeld. Auf der anderen Seite, in New Mexico, haben die Demokraten das Sagen. Die Todesstrafe ist seit 2009 abgeschafft. Seit Kurzem sind Handel, Besitz und Konsum von Cannabis legal. Vor allen Dingen aber sind Abtreibungen weiterhin erlaubt. Deshalb hatte sich Justine auf den Weg gemacht.

Ihr Ziel war die «Women's Reproductive Clinic of New Mexico», geleitet von Dr. Franz Theard, einem 73 Jahre alten haitianisch-amerikanischen Mann mit deutscher Mutter, der wirkt, als sei er einem Roman von John Irving entsprungen. Zum Glück für Justine und so viele andere Frauen gibt es ihn wirklich. Er ist einer der wenigen Ärzte, die im amerikanischen Südwesten noch Abtreibungen vornehmen.

5:4 – für die Konservativen

Am 24. Juni dieses Jahres haben im rund 3150 Kilometer entfernten Washington, D.C., vier konservative Männer und eine konservative Frau am neunköpfigen Supreme Court mit einer 5:4-Mehrheit entschieden, dass das Recht auf Abtreibung nicht länger in der Verfassung der Vereinigten Staaten verankert ist. 49 Jahre nach dem wegweisenden Urteil im Fall Roe v. Wade, mit dem eine andere Generation von Richtern 1973 das Gegenteil zum geltenden Recht erklärt hatte. Damals sassen neun Männer am Gericht. Die Entscheidung fiel mit 7:2 Stimmen für die Rechte der Frauen.

Aktuell ist das Gericht mit drei Juristen besetzt, die der ehemalige US-Präsident Donald Trump berufen hat. Amy Coney Barrett, Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh haben die

Balance am Gericht weit ins Konservative und teils Fundamental-Christliche verschoben. In ihren jeweiligen Anhörungen vor der Berufung hatten sie alle angedeutet, dass sie keinesfalls vorhätten, das Recht auf Abtreibung anzutasten. Gorsuch sagte, es handle sich um «the law of the land», um das Gesetz des Landes. Kavanaugh sagte in einem Gespräch mit einer Senatorin, das konstitutionell verbrieftete Recht auf Abtreibung sei «settled law» in den USA, etabliertes Recht. Barrett benutzte exakt die gleiche Formulierung. Was alle drei nicht davon abhielt, bei allererster Gelegenheit zu entscheiden, dass das Recht auf Abtreibung nicht mehr von der Verfassung garantiert wird.

Barrett, Gorsuch und Kavanaugh haben die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anhörungen belogen.

Barrett, Gorsuch und Kavanaugh haben die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anhörungen belogen. Seither stellen sich Fragen. Ein weiterer Richter, Clarence Thomas, hat angedeutet, dass das Gericht sich demnächst ansehen könnte, ob die Ehe für alle wirklich in der US-Verfassung verankert sei. Erst 2015 hatte der Supreme Court legalisiert, dass Menschen jedweden Geschlechts einander heiraten können. Manche Bundesstaaten schert das allerdings nicht. In Indiana gilt noch immer ein Gesetz von 1997, in dem es heisst: «Nur eine Frau darf einen Mann heiraten. Nur ein Mann darf eine Frau heiraten.» 2020 scheiterte der Versuch, das Gesetz abzuschaffen, an der republikanischen Mehrheit im Parlament des Bundesstaats. Aber Indiana ist in vielerlei Hinsicht ein bemerkenswerter Staat.

Eine vergewaltigte Zehnjährige erhält keine Abtreibung

Im Juli hatte der Generalstaatsanwalt von Indiana, Todd Rokita, ein Ermittlungsverfahren gegen eine Ärztin eingeleitet. Sie hatte bei einem zehn Jahre alten Vergewaltigungsopfer eine Abtreibung vorgenommen. In ihrem Heimatstaat, dem benachbarten Ohio, hatte das Mädchen keine Abtreibung bekommen, weil der Staat seine Regeln nach dem Urteil des Supreme Courts umgehend so verschärft hatte, dass auch im Fall von Inzest oder Vergewaltigung keine Abtreibung erlaubt ist. Also musste das Mädchen mit seinen Eltern nach Indiana reisen.

In der Klinik von Dr. Theard hat Justine soeben Mifepriston geschluckt, die Abtreibungspille.

In der Klinik von Dr. Theard hat Justine soeben Mifepriston geschluckt, die Abtreibungspille. Sie hat Tränen in den Augen. Wie es ihr gehe? «Besser», sagt sie, und noch einmal, mit einem Seufzer: «besser». Sie sitzt in einem Nebenzimmer des Behandlungsraums, vor sich die Zettel mit den Anweisungen des Arztes für vier weitere Tabletten Misoprostol, die sie in den nächsten Tagen nehmen muss, damit die Schwangerschaft endet. Unter dem Glastisch knetet ihr linker Daumen den rechten. «Aber es ist hart», sagt sie.

Justine ist 28 Jahre alt. Sie erzählt vom Vater ihres ersten Sohnes, der sie im Stich gelassen habe. Von ihren Schwierigkeiten, Stabilität zu finden im Leben. Vom bis vor Kurzem aktuellen Lebensgefährten, der sie misshandelt habe, und vor dem sie und ihr Sohn eine Woche zuvor zu einer Freundin geflohen seien. Dem sie nicht gesagt habe, dass sie von ihm schwanger ist. «Weil er dann ganz sicher nach mir suchen würde», sagt sie. Der gewalttätige Ex-Freund ist ein Grund dafür, warum sie hier als Justine beschrieben werden will, obwohl sie anders heisst, und auch dafür, dass hier nicht steht, in welcher Stadt in Texas sie gerade lebt.

Dass Justine in New Mexico fand, was sie so dringend brauchte, hat viel mit der Gouverneurin des Bundesstaats zu tun. Michelle Lujan Grisham, eine Demokratin, hat gelobt, ihren Staat zu einem sicheren Hafen für Frauen zu machen, die eine Abtreibung wollen. Sie hat ihre Beamten angewiesen, keine Rechtshilfe zu leisten, falls ein anderer Bundesstaat ein Strafverfahren gegen Ärzte, Ärztinnen oder Patientinnen einleitet.

Mit Facebook-Daten wird gegen Frauen ermittelt

In Nebraska wurde jüngst ein Fall bekannt, in dem die Behörden sich bei Facebook die private Kommunikation zwischen einer Mutter und ihrer minderjährigen Tochter besorgt haben. Dadurch konnten sie nachweisen, dass das Mädchen in der 23. Woche abgetrieben hatte. In Nebraska sind Abtreibungen bis zur 20. Woche erlaubt, was aber vor dem Urteil des Supreme Courts keine strafrechtliche Bedeutung hatte, da die Verfassung das Recht bis zur 24. Woche garantierte. In den sozialen Medien wurde der Fall breit diskutiert. Frauen warnen einander jetzt davor, sensible Daten auf den verschiedenen Plattformen auszutauschen.

Auf Twitter berichten Frauen, dass sie ihre Menstruations-Apps löschen und ihren Ärztinnen und Ärzten nicht mehr sagen, wann genau sie ihre Regel haben. Es macht sich ein Klima des Misstrauens breit. Ein Klima der Angst.

Das Beispiel New Mexico macht immerhin ein wenig Hoffnung. Allerdings: Der Staat ist beinahe so gross wie Deutschland, es leben dort aber nur rund zwei Millionen Menschen. Deren Gesundheitsversorgung ist gerade so eben sichergestellt, und das Problem der beständig weniger werdenden Hausarztpraxen ist hier ebenso akut wie in vielen ländlichen Gegenden. Trotzdem soll jetzt das Gesundheitswesen von New Mexico auch noch die Abtreibungen für Frauen aus den benachbarten Riesenstaaten Texas und Arizona übernehmen. Das ist mindestens ambitioniert.

In den USA werden jährlich zwischen 600'000 und 900'000 Abtreibungen vorgenommen. Diese eher ungenaue Angabe erklärt sich dadurch, dass die beiden für die Erhebung der Zahlen zuständigen Organisationen unterschiedliche Methoden verwenden. Die staatlichen Centers for Disease Control (CDC) setzen die freiwillige Meldung, das Guttmacher Institute, eine Nichtregierungsorganisation, fragt die Zahlen bei den Kliniken aktiv ab.

«Hätte ich diese Schwangerschaft nicht beenden können, wäre ich an meinen Ex-Freund gebunden. Ich wäre gefangen.»

Justine

Nur wenige Tausend Abtreibungen im Jahr fanden bisher in New Mexico statt. Doch jetzt kommt dem Bundesstaat diesbezüglich eine ganz andere Bedeutung zu. Mehrere neue Kliniken sollen nach dem Willen der Gouverneurin demnächst in Betrieb gehen. Momentan sind es sieben. Justine sagt: «Hätte ich diese Schwangerschaft nicht beenden können, wäre ich an meinen Ex-Freund gebunden. Ich wäre gefangen. Das will ich weder mir noch meinem Sohn antun.» Sie hatte gerade Hoffnung geschöpft, dass sie ihr Leben in eine ruhigere Bahn steuern und ihrem Sohn, wie sie sagt, eine bessere Mutter sein könnte.

Dank einer neuen Stelle in einer Bar, bei der sie genug verdient für Miete, Essen und Fahrt zur Arbeit. Dann wurde sie schwanger, und die Hoffnung, sagt sie, war dahin. Zumindest vorläufig.

Tragödien sind sein Alltag

Dank Dr. Theard hat es gerade noch geklappt. Bis zur zehnten Woche ist eine Abtreibung mit Pillen in New Mexico möglich. Sie bekam einen Termin in der Klinik, an einem Samstag, an dem ihre Freundin, die das Auto hat, nicht arbeiten muss. Sie kratzte das Geld zusammen, 700 Dollar für die Pillen, 80 Dollar fürs Benzin. Dann die lange Fahrt in die Nacht, am Freitag nach der Arbeit, zusammen mit der Freundin.

Anschliessend: Warten in der Klinik. Beratungsgespräch, Warten, Ultraschall, Pille. Aufatmen. Die fast acht Stunden Heimfahrt lagen da noch vor ihr.

Geschichten wie die von Justine hört Franz Theard täglich. 353 Schwangere haben seinen Angaben zufolge allein im Juli die Abtreibungspille von ihm bekommen, beinahe doppelt so viele wie im Monat zuvor. Zum Beispiel Meghan, 25 Jahre alt, mit dem Flugzeug aus dem Osten von Texas angereist. Sie will Kinder haben, aber nicht jetzt, nicht ohne festen Partner. Auch ihr Name ist geändert. Oder Camilla Cardoso, 21 Jahre alt. «Ja, ich habe einen Fehler gemacht», sagt sie. Sie will ausdrücklich, dass ihr Name in der Zeitung steht, denn sie will, sagt sie, dass Frauen erfahren, dass sie auch nach einem Fehler noch eine Wahl haben. Eine Wahl, für die sie zwölf Stunden lang mit dem Auto aus Houston hierhin fahren musste, zusammen mit ihrer Mutter.

«Die haben sie angelogen.»

Franz Theard, Abtreibungsarzt

Camilla Cardoso hätte eigentlich in Texas noch legal abtreiben können, weil sie früh merkte, dass sie schwanger war. Als sie aber zur Ultraschalluntersuchung in ein sogenanntes «Crisis Pregnancy Center» (Schwangerschaftskrisenzentrum) ging, sagte man ihr dort, sie sei schon über die sechste Woche hinaus.

«Die haben sie angelogen», sagt Franz Theard. Er schaut fast immer ausgesprochen gutmütig drein, aber wenn er auf die Crisis Pregnancy Centers zu sprechen kommt, wird er wütend. Die Angestellten dieser Zentren geben vor, neutral zu sein, und locken zum Beispiel mit einer kostenlosen Ultraschall-Untersuchung, um dann das weitere Vorgehen zu besprechen. Doch in Wahrheit wollen sie die Frauen davon überzeugen, auf eine Abtreibung zu verzichten. Geldgeber sind meist christliche Organisationen und Kirchen. Einige präparieren ihre Webseiten bewusst irreführend, damit sie im Internet auftauchen, wenn Schwangere online eine Abtreibungsklinik suchen. Theard hält das für eine Sauerei.

Den Schwangeren ein schlechtes Gewissen machen

Vor seiner Klinik stehen immer mindestens zwei Vertreterinnen einer solchen Organisation und warten auf die Patientinnen. Sie gebärden sich nicht wie die Fanatiker, die dort bisweilen auch auftauchen, Babypuppen in die Bäume hängen und Puppenbeine vor die Kliniktür legen. Sie bleiben geduldig auf einem Grünstreifen stehen, der nicht

mehr zur Klinik gehört, sondern auf öffentlichem Grund liegt. Sie halten sich an die Regeln.

Wenn man sie fragt, ob man ein wenig mit ihnen reden könne, zücken sie die Smartphones, um ihre Argumente vorzulesen. Hier ist nicht die Rede von Hölle und Verdammnis, vom Mord an Babys, sondern von Alternativen, von Unterstützung, von finanziellen Zuschüssen für Windeln. Nur: Was nützt einer Frau wie Justine ein Windel-Zuschuss?

Was nützt einer Frau wie Justine ein Windel-Zuschuss?

Auf dem Grundstück gleich neben der Klinik steht ein Minibus der Aktivisten. Den Parkplatz haben sie eigens angemietet, damit ihre Präsenz allzeit gesichert ist. Fotos vom Innern erlaubt die junge Frau nicht, die den Bus bewacht. Aber sie erklärt alles bereitwillig.

Das Kernstück ist eine Liege, auf der eine schwangere Frau so liegt, dass sie vor sich die Ultraschallbilder des Fötus auf einem grossen Flachbildschirm sieht. Nicht im sonst bei Ultraschall-Bildern üblichen Grün-Schwarz, sondern coloriert und dreidimensional dargestellt. Diese Bilder werden den Schwangeren auch gleich aufs Smartphone geschickt. Es ist offensichtlich, dass sie nicht aus rein medizinischen Gründen so plastisch sind, sondern auch, um den Frauen ein möglichst schlechtes Gewissen zu machen.

Diejenigen, die es in die Klinik von Franz Theard geschafft haben, gehören noch zu den Glücklichen. Im bizarr teuren US-Gesundheitsapparat ist es für viele Frauen unmöglich, rechtzeitig einen Termin zur Abtreibung zu bekommen. Oder schlicht unbezahlbar. Dazu kommt: Die meisten Frauen ohne Aufenthaltspapiere versuchen erst gar nicht, zu einer Klinik zu reisen. Selbst wenn sie das Geld hätten, würden sie ihre Abschiebung riskieren, falls sie einen der zahlreichen Checkpoints passieren müssten.

Gerade in Grenznähe gerät man häufig in Kontrollen, und dann empfiehlt es sich dringend, gültige Papiere dabeizuhaben. Laut dem Pew Research Center leben in den USA rund 4,5 Millionen Frauen ohne gültige Papiere.

Schulen dürfen nicht über Verhütungsmittel aufklären

Jetzt könnte man meinen, dass in einem Staat wie Texas konsequente Aufklärung betrieben werde, wenn schon das Recht auf Abtreibung de facto nicht existiert. Das Gegenteil ist der Fall. An vielen Schulen ist es verboten, über Verhütungsmittel aufzuklären. Die Botschaft lautet: Sicheren Sex gibt es nicht. Enthaltbarkeit sei der richtige Weg. Die Konsequenz: Texas hat mit die höchste Zahl Teenager-Schwangerschaften in den gesamten USA. In den Jahren 2019 und 2020 entfielen sechs Prozent aller Schwangerschaften auf Teenager. Für im Schnitt eins von sechs dieser Mädchen war es bereits die zweite Geburt.

Franz Theard hatte früher auch eine Praxis drüben in Texas. Vor zwei Jahren hat er sich wegen der Restriktionen ganz auf New Mexico konzentriert, wo er nur noch Abtreibungen mit Pillen anbietet. Er hat dafür seine eigenen Kriterien festgelegt. «Minderjährigen verschreibe ich die Pillen nur, wenn die Eltern einverstanden sind», sagt er, «und ich frage grundsätzlich, ob die Frau aus freiem Willen in der Klinik ist.»

Freunde, Ehemänner und Väter müssen draussen warten, wenn er mit den Frauen spricht. Er gibt ihnen, sagt er, immer die Chance, sich in letzter Minute noch anders zu entscheiden.

Doch wer wie Justine oder Meghan oder Camilla Cardoso bei Franz Theard angekommen ist, hat sich das meistens sehr gut überlegt. Was kaum eine der Frauen weiss: Die Tür zur Klinik hält ihnen ein Mann auf, der früher ein entschiedener Abtreibungsgegner war.

«Ich bin Mexikaner, ich bin katholisch», sagt Carlos Gomez, der Sicherheitsmann, den hier alle nur Don Carlos nennen. Als Vertretung fing er an, widerwillig sei er hergekommen am Anfang, aber er brauchte den Job. Carlos Gomez ist 83 Jahre alt, er hat Hunderten, Tausenden Frauen die Tür aufgehalten, die, wie er sagt, meist voller Anspannung in die Klinik treten. Einmal, sagt er, da war er noch recht neu, kam eine Frau mit ihrer Tochter im Teenager-Alter zur Klinik. «Was soll ich denn tun?», fragte sie ihn auf Spanisch, «sie ist noch viel zu jung für ein Kind.»

Und da verstand Carlos Gomez auf einmal. Er änderte seine Meinung, heute arbeitet er gern in der Klinik. Eines ist ihm in all den Jahren immer wieder aufgefallen. Die Frauen, findet er, sehen erleichtert aus, wenn sie aus der Klinik kommen, als hätten sie ihr Problem da drinnen gelassen.